



Medienkonferenz des überparteilichen Komitees

„Nein zum Frisieren der Kantonsfinanzen (Einmaleinlage)“

Zürich, 16. Januar 2013

---

## **BVK-Debakel darf nicht mit weiteren Verbuchungstricks fortgesetzt werden**

### **Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident SVP des Kantons Zürich**

---

Die Geschichte des Malaises der BVK ist eine Abfolge von Faulheit, Dummheit, mangelnder Kontrolle, Ignoranz und parteipolitisch bedingten Wegschauens.

Die SVP hat, was die BVK betrifft, nie weggeschaut, sondern genau hingeschaut. Hätte die Mehrheit des Kantonsrates, der Regierungsrat darunter auch der eigene, welcher bei seinem Rücktritt noch als Held glorifiziert wurde - und insbesondere die Subkommission Feldmann - auf die SVP gehört, wäre uns das Debakel zu einem grossen Teil erspart geblieben, respektive früher aufgedeckt worden.

Die Kantonsräte Züst und Toggweiler haben die Verfehlungen klar aufgedeckt. KR Züst hat zudem den Regierungsrat darauf hingewiesen, dass man die privaten Konten von Gloor durchleuchten sollte, da kriminelle Machenschaften zu vermuten seien. Dies wurde schnöde abgelehnt, man wolle dem Chefbeamten nicht misstrauen. KR Feldmann störte sich am Stil der SVP, nur weil wir der Regierung Untätigkeit und dem Chef der BVK kriminelle Energie vorgeworfen haben.

Auch die Rolle der heutigen Finanzdirektorin wird im PUK Bericht kritisch gewürdigt. Arbeitnehmervertreter wurden in arroganter Art und Weise kalt gestellt, nur weil diese sich kritisch geäussert hatten.

Die SVP hat als einzige Partei im Kantonsrat das Debakel richtig beurteilt und analysiert. Deshalb ist es heute klar, dass wir der Regierung und der Ratsmehrheit kritisch auf die Finger schauen, wenn es um die Fragen der BVK geht. Mit einer sogenannten Einmaleinlage, man darf sich fragen, ob es wirklich eine Einmaleinlage oder nur eine erste Einlage sein wird, soll nun die BVK auf solidere Füsse gestellt werden. Man kann sich fragen, wieso der Steuerzahler die Sanierung der BVK berappen soll. Der Regierungsrat hat es schön, seine Verfehlungen werden nun ganz einfach auf den Steuerzahler überwält.

Gleichzeitig macht es sich der Regierungsrat äusserst bequem, indem er die gesetzlichen Bestimmungen über den mittelfristigen Ausgleich aushebelt und mit einem

buchhalterischen Trick die Kosten mit dem Golderlös verrechnet, welcher vor etlichen Jahren in die Kassen des Kantons geflossen ist. Wir wissen es, das BVK-Debakel konnte sich wegen der Ignoranz der Regierung zur vollen Blüte entwickeln. Nun macht der Regierungsrat im gleichen Trott weiter. Die vorgeschlagene Lösung kann unter dem Titel Ignoranz, Faul- und Dummheit subsummiert werden.

Faulheit, weil notwendige Einsparungen mit dem Taschenspielertrick nicht notwendig werden, da der mittelfristige Ausgleich ausgehebelt wurde. Dummheit, weil damit die Schulden des Kantons Zürich ganz einfach steigen und Ignoranz, weil jedermann weiss, dass mit Schulden machen keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen werden.

Bei einem Budget von rund 14 Milliarden jährlich (14'000 Millionen Franken) wird es wohl noch möglich sein, Einsparungen in der Grössenordnung von jährlich 400 Mio. Franken vorzunehmen, ohne dass der Kanton Zürich zusammenbricht. Sicherlich ist dies unangenehm. Aber niemand wird behaupten, dass Einsparungen in diesem Umfang bei einer solchen Verwaltung alleine durch Effizienzsteigerungen nicht möglich sind. Dazu braucht es aber Fleiss und nicht Faulheit, Intelligenz und nicht Dummheit und vor allem ein Bewusstsein für das Sparen und nicht Ignoranz.

Die SVP ist erfreut, dass nicht nur wir sondern auch die GLP und Jungfreisinnigen finanzpolitisch die gleiche Meinung teilen. Wir sind überzeugt, dass der Stimmbürger keine griechischen Verhältnisse will. So hat es nämlich in Griechenland angefangen. Bilanzen frisieren, gesetzliche Bestimmungen ausser Kraft setzen und Schulden anhäufen. Dies ist keine verantwortungsvolle Politik. Die vorgeschlagene Lösung des Regierungsrates ist nichts anderes als Bequemlichkeit. Zudem steht noch nicht fest, ob die BVK damit wirklich saniert ist. Dies hängt auch von der zukünftigen Börsenentwicklung ab, welche nicht vorausgesehen werden kann. Auch aus diesem Grunde braucht es eine zusätzliche Sicherheit, dass die heutigen Schulden für die Sanierung der BVK im Rahmen des mittelfristigen Ausgleichs durch Ausgabensenkungen kompensiert werden.

Das primitive Drohszenario der Regierung, dass man so viel Geld nicht einsparen kann, zeigt die Unfähigkeit und Bequemlichkeit, zu der sich auch eine Mehrheit des Kantonsrates angeschlossen hat. Dass die Linken noch nie sparen wollten, ist sonnenklar. Dass die FDP in diesem Trauerspiel mitmacht, ist leider weniger erfreulich. Wenn die Regierung unfähig ist, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, sollten sich einige vielleicht überlegen, für was wir eine Regierung brauchen. Debakel verursachen, Schulden machen und Buchhaltung frisieren ist wahrlich keine Meisterleistung. Jede Hausfrau würde eine bessere Arbeit erledigen als dies der damalige und leider auch heutige Regierungsrat tut.

Die SVP hofft zusammen mit GLP und Jungfreisinnigen, dass das Volk hier ein klares Verdikt sprechen und ein Nein in die Urne legen wird.